

**Rede  
des Parlamentarischen Geschäftsführers**

**Wiard Siebels, MdL**

zu TOP Nr. 3

Regierungserklärung

**Windenergie ausbauen, Klimaschutz vorantreiben!**

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten - Drs. 18/5102

während der Plenarsitzung vom 19.11.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie haben soeben den Bundestagsabgeordneten, den Landrat Olaf Meinen, den Bürgermeister Horst Feddermann, den Oberbürgermeister Kruithoff und den Landrat Heymann begrüßt. Ich hoffe, dass ich niemanden an dieser Stelle vergessen habe. Ich glaube, Ihre Anwesenheit, meine Herren, demonstriert die hohe Verbundenheit der Region auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Firma Enercon, und zwar sowohl mit denen, die jetzt vor der Entlassung stehen, als auch mit denen, die im Betrieb weiter ordentlich ihren Dienst tun. Ich freue mich, dass Sie hier sind.

Frau Piel, in inhaltlicher Hinsicht kann ich Ihre Ausführungen in weiten Teilen absolut teilen. Ich schätze das inhaltlich genauso ein. Ich hätte mir allerdings gewünscht - ich sage das in aller Zurückhaltung -, dass wir in dieser Situation etwas weniger mit gegenseitigen Schuldzuweisungen arbeiten, sondern vielmehr den Appell aufnehmen, den Ministerpräsident soeben auch an den Landtag gerichtet hat, dass wir alle gemeinsam gefordert sind, in dieser schweren Krise mitzumachen.

Zu dem, was Sie hier machen, Herr Meyer - „Wer regiert denn in Berlin?“ und andere Geschichten -: Wir können ja im Detail darüber reden, was Jamaika in Berlin schon alles verhandelt hat. Das führt aber zu nichts. Deshalb sage ich: keine Schuldzuweisungen machen, sondern gemeinsam an Lösungen arbeiten.

Erlauben Sie mir als Wahlkreisabgeordneter zwei, drei Bemerkungen zu der Geschichte der Firma Enercon; denn das, was wir heute als einen riesengroßen und übrigens sehr weitzeigig aufgeteilten Konzern erleben, hat durchaus eine Geschichte: Enercon wurde 1984 im ostfriesischen Aurich gegründet. Ich glaube, dass man Aloys Wobben an dieser Stelle durchaus als einen der Väter von Energiewende und Erneuerbare-Energien-Gesetz bezeichnen darf.

Anfangs bestand die Firma lediglich aus ganz wenigen Ingenieuren. Ich glaube, dass ein großer Meilenstein in der Geschichte dieser Firma die politisch höchst umstrittene Bürgschaft durch die Stadt Aurich gewesen ist, die es der Firma

ermöglicht hat zu expandieren und in eine solche Größenordnung aufzusteigen, wie wir es heute kennen.

Es dauerte sieben Jahre, bis das Kleinstunternehmen eine eigene Fertigungshalle im Auricher Stadtteil Extum aufziehen konnte. Dort hat die Zentralverwaltung noch heute ihren Sitz. Der Durchbruch für das junge Unternehmen kam 1993 mit der E-40. Heute ist das alles lange Geschichte. Die Anlagen sind schon beinahe so etwas wie antiquiert.

Weltweit beschäftigt die Enercon-Unternehmensgruppe mit zahlreichen Tochterunternehmen - ich sage gleich noch etwas dazu - über 14.000 Beschäftigte. Das Unternehmen besitzt über 45 Prozent der Patente im Bereich der Windenergietechnologie. In Deutschland sind aktuell - ich muss ergänzen: noch - rund 12 000 Beschäftigte bei Enercon und den Produktionspartnern.

Meine Damen und Herren,

„Die Messe ist gelesen“ - so haben die Zeitungen getitelt, als am Freitag vergangener Woche der Wegfall von 3.000 Arbeitsplätze angekündigt worden ist. Der Grund - das hat Enercon klargemacht -, 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen zu wollen, davon rund 1.500 in Niedersachsen, vor allen Dingen in Ostfriesland, und 1.500 in Sachsen-Anhalt - um das deutlich zu machen, Frau Piel, auch an Sie -, liegt darin - das ist ein wörtliches Zitat an dieser Stelle -: Um in den neuen Zielmärkten Kundenaufträge zu gewinnen, wird von uns auch erwartet, dass wir mit Produktionspartnern im jeweiligen Land zusammenarbeiten. - Dann weiter im Zitat: Dies betrifft insbesondere die personalkostenintensive Von-Hand-Produktion von Rotorblättern. - Meine Damen und Herren, diese 3 000 Arbeitsplätze sollen also outgesourct werden. In der *Ender Zeitung* wird das konkretisiert.

Ich will weiter die Firma Enercon zitieren, die gegenüber der *Ender Zeitung* geäußert hat, dass Rotorblätter an Enercon-Standorten in Portugal, in der Türkei und in Indien produziert werden sollen. Meine Damen und Herren, so etwas nennt man outsourcen.

Meine Damen und Herren,

die Firma Enercon hat in den vergangenen Tagen auch deutlichst erklärt, dass diese Fertigung nicht zurückkommen würde, selbst, wenn wir all die politischen Vorgaben erfüllen würden, über die wir hier gerade miteinander gesprochen haben.

Ich will das an dieser Stelle ganz deutlich sagen.

Das ist ein großer Einschnitt. Es gibt eine riesengroße Betroffenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Standorten, übrigens auch derer, die jedenfalls zurzeit noch nicht von einer Kündigung bedroht sind. Ich sage gleich mehr dazu.

Ist also die Messe gelesen, meine Damen und Herren? - Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich, auch wenn wir vermutlich die Rotorblattfertigung nicht nach Deutschland zurückholen werden: aus unserer Sicht nicht.

Ich bin dem Wirtschaftsminister sehr dankbar, dass er eine sogenannte Taskforce - einen runden Tisch, würden wir sagen - eingerichtet hat. Ich fordere an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit für meine Fraktion auch die Firma Enercon auf mitzuhelfen beim Einsatz aller möglichen und denkbaren arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die uns zur Verfügung stehen. Ich will und mag diese Arbeitsplätze nicht sofort hier an dieser Stelle preisgeben, meine Damen und Herren.

Die Firma Enercon hat auch eine soziale Verantwortung gegenüber denjenigen, die diese Firma großgemacht haben, nämlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Beim Stichwort „Solidarität“ mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, meine Damen und Herren, kann ich auch den Passus, der jetzt folgt, leider nicht aussparen: Die Zusammenarbeit zwischen der Firma Enercon und den Gewerkschaften ist bisher höchst schwierig, um das einmal vorsichtig auszudrücken. Ich fand es ein gutes Signal, dass sich die Geschäftsführung von

Enercon am Mittwoch - ich glaube, erstmalig in der Geschichte - mit Gewerkschaftsvertretern an einen Tisch gesetzt hat.

Im August 2018 haben wir eine andere Situation erlebt, als die Firma Enercon öffentlich behauptet hat, mit den Entlassungen in ihren eigenen Tochterfirmen nichts zu tun zu haben. Auch in Hannover haben wir eine Demonstration von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter dem Titel „Wir sind Enercon“ gehabt. Das hatten sie auf ihre T-Shirts gedruckt. Meine Damen und Herren, dies zeigt eine hohe Verbundenheit dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen und natürlich auch mit dem Produkt.

Aber schon am Freitag, nach dem runden Tisch am Mittwoch, gab es wieder das alte Gebaren, als die Gewerkschaft versucht hat, Zettel auf dem Firmengelände zu verteilen, um zu der Veranstaltung mit Ministerpräsident Weil und Energieminister Lies aufzurufen. Seitens des Unternehmens wurde dann öffentlich behauptet, dies würde irgendwelchen Vereinbarungen vom runden Tisch am Mittwoch widersprechen. Ich war am Mittwoch dabei und kann nicht erkennen, dass das irgendwelchen Vereinbarungen widerspricht. Ich sage das in aller Deutlichkeit.

Heute wird in der *Ostfriesen-Zeitung* durch den Personalchef, Herrn Janssen, von der Firma Enercon gefordert, die Politik möge diesbezüglich mit der Vergangenheit abschließen. Ja, meine Damen und Herren, das machen wir von jetzt auf gleich, aber nur unter der Voraussetzung, dass es endlich auch bei der Firma Enercon zu einer echten Sozialpartnerschaft kommen muss, dass endlich Gewerkschaften und gewerkschaftliche Mitbestimmung akzeptiert werden, dass endlich mit den Beschäftigten auf Augenhöhe verhandelt wird und dass sie auf Augenhöhe behandelt werden, meine Damen und Herren. Das Klima der Angst bei Enercon muss dann auch Vergangenheit sein.

Ich bin froh - es wird ja immer in Zweifel gezogen, ob das denn so ist; es fällt natürlich schwer, das in der Sache zu beweisen, weil genau die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die es beweisen könnten, selbst sagen, dass sie Angst haben, es zu beweisen -, dass auch die Medienvertreter am vergangenen Wochenende in

Aurich erlebt haben, dass ich das, was ich hier vortrage, nicht falsch berichte. Ich glaube, das war am Samstag zu spüren. Dies wurde ja auch gegenüber den Pressevertreterinnen und -vertretern ausgesprochen.

Vielleicht noch ein weiteres Zitat. Herr Janssen weist dann öffentlich darauf hin - das ist derjenige, der gesagt hat, mit der Vergangenheit müsse jetzt einmal Schluss sein; ich zitiere ihn -: Ich weiß, dass sich IG Metall und die SPD gerne gegenseitig den Steigbügel halten. - Ich habe auch andere erlebt, u. a. Herrn Thiele aus Ostfriesland, der gewerkschaftliche Mitbestimmung eingefordert hat. Ich bin deutlich der Auffassung, Herr Janssen: Das ist kein hilfreiches Zitat. Helfen Sie an dieser Stelle mit, damit wir zu einer echten Sozialpartnerschaft bei Enercon kommen!

Ich will an dieser Stelle kein Scharfmacher sein, meine Damen und Herren. Ich hoffe, Sie schätzen mich im Landtag hoffentlich mehrheitlich auch nicht so ein. Ich möchte aber ein Zitat eines CDU-Politikers anführen, den ich nicht vor das Rohr ziehen will, der aber deutlich macht, wie die Auseinandersetzung im Moment geführt wird. Es ist der CDU-Politiker Detlef Gürth aus Sachsen-Anhalt, der in aller Deutlichkeit sagt: Enercon ist ein Beispiel für asoziale Partner! - Ich mache mir diesen Ausdruck nicht zu eigen, sage aber: Das zeigt, in welcher Auseinandersetzung wir an dieser Stelle stecken.

Ich glaube, es ist richtig, was Ministerpräsident Stephan Weil dazu gesagt hat. Wir fordern einen echten Neustart. Den machen wir mit, wenn es eine Sozialpartnerschaft gibt. Gewerkschaftliche Mitbestimmung in unserem Land ist etwas Gutes.

Die Auswirkungen auf die Region - auch das will ich nicht verschweigen - sind immens. Der Bürgermeister der Stadt Aurich und der Oberbürgermeister der kreisfreien Stadt Emden sitzen nicht umsonst hier. Gewerbesteuern, Umlagen an die Landkreise - viel Sinnvolles ist mit diesem Geld in der Region erreicht worden. Ich habe das in der mir eigenen Art vielleicht etwas flapsig so beschrieben - was aber, glaube ich, nicht falsch ist; jedenfalls werde ich mittlerweile damit zitiert -: Im weiten Umkreis von Aurich gibt es wohl keine Wurstbude, die nicht auch von den

Umsätzen der Firma Enercon lebt. Meine Damen und Herren, es geht deshalb auch um die Zukunft einer ganzen Region.

Übrigens ist selbstverständlich auch Volkswagen ein wichtiger Pfeiler in der Region. Industriearbeitsplätze in Ostfriesland haben den Wohlstand aufgebaut, über den wir dort heute verfügen. Ich glaube, dass Volkswagen eine richtige Entscheidung in Sachen E-Mobilität getroffen hat. Ich glaube auch, dass das für den Standort Emden gut ist und dass das Investitionen vor Ort auslöst. Aber ich will nicht verhehlen, dass der Wandel in der Region eine große Verunsicherung hervorruft. Deshalb sind tatsächlich alle aufgerufen, sich an jeder Art von Unterstützung für die Windkraft, aber auch für die ganze Region zu beteiligen, meine Damen und Herren.

Ist das also ein lokales Problem? - Nein, weil die Branche zu wichtig ist, weil es um Industriearbeitsplätze in Niedersachsen und Deutschland geht, weil es um Wertschöpfung geht und weil schwerste wirtschaftliche Folgen drohen. Die Zulieferer - Frau Piel hat zu Recht darauf hingewiesen - sind zahlenmäßig noch gar nicht benannt.

Es gibt noch eine weitere Auswirkung, nämlich die Auswirkungen auf die Energiewende. Als Ostfrieser darf ich vielleicht zwei, drei Worte sagen, weil man im Internet und vielen Foren viel Interessantes liest. Manches habe ich leider schon im Niedersächsischen Landtag hören müssen. Meine Damen und Herren, den Klimawandel gibt es. Und darüber, dass er menschengemacht ist, gibt es eine wissenschaftliche Übereinkunft, die ich jedenfalls nicht in Zweifel ziehe.

Dass der Klimawandel Schäden anrichtet und Kosten verursacht, weiß man in Ostfriesland auch, weil man aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels den Deichbau forcieren muss - und das kostet Geld, meine Damen und Herren. Wenn wir also den Ausstoß von CO<sub>2</sub> verringern wollen - bis 2030 sollen erneuerbare Energien einen Anteil von 65 Prozent ausmachen -, dann geht das nur mit Wind.

Ich erspare Ihnen jetzt die Zahlen, wie der Zubau von Windenergie in den letzten Jahren abgenommen hat. Für Enercon kann ich Ihnen sagen: In 2017 hat die

Firma Enercon 711 Anlagen aufgebaut, in diesem Jahr waren es noch genau 65 Anlagen. Das sind keine 10 Prozent davon.

Meine Damen und Herren,

es wird keine Energiewende ohne Windenergie geben. Windkraftanlagen aus China, die wir importieren könnten, helfen uns wirtschaftlich nicht. Ich bin ganz sicher: So zerstört man wirklich die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Wir haben also ein wirtschaftliches Problem, wenn es schiefgeht, und wir haben auch ein Problem mit der Energiewende. Dafür gibt es verschiedene Ursachen. Es hat sicherlich zu einem gewissen Teil auch etwas mit Fehleinschätzungen der Firma zu tun. Ich möchte das aber ausdrücklich nicht vertiefen, weil ich mich nicht in Schuldzuweisungen vertiefen, sondern über Lösungen sprechen will.

Was müssen wir also tun? - Ganz vorne weg: Vielleicht ein bisschen plakativ, aber trotzdem richtig in der Sache ist die Frage nach den 1.000 m Abstand. Wie schwierig es übrigens ist, das vor Ort durchzuhalten, keine 1.000 m Abstand regeln zu wollen, zeigt ein Zitat eines Mitglieds des Niedersächsischen Landtages - keine Angst, ich werde den Namen nicht nennen -, das noch am 13. November, also quasi zu Beginn dieser schweren Krise erklärt hat, die 1.000-m-Grenze sei ein kluger Weg, damit werde das Konfliktpotenzial deutlich reduziert. - Mittlerweile sagt das, glaube ich, zum Glück niemand mehr hier; ich habe es hier jedenfalls nicht vernommen. Ich glaube, dass es richtig ist, von den 1.000 m Abstand zu nehmen, weil wir mehr Fläche ausbauen müssen.

Wir müssen verbindliche Ausbaupfade haben. Wir müssen das Repowering vereinfachen. Wir müssen Nutzungskonflikte mit Flug- und Wetterradar - das Thema der sogenannten Drehfunkfeuer - regeln. Dort allein steckt ein Potenzial von 4 bis wohl 5 Gigawatt mögliche Ausbauleistung. Wir müssen De-minimis-Regelungen der Europäischen Union möglich machen und kleine Anlagen bis zu 18 Megawatt ohne Ausschreibung ermöglichen. Wir müssen Gewerbe- und Hafengebiete nutzen.

Wir müssen Artenschutz- und Klimaschutzkonflikte entscheiden. Ich sage in aller Deutlichkeit: Ohne Klimaschutz erübrigt sich die Frage eines Artenschutzes. Und wir brauchen eine konsequente Politik. Wir brauchen nicht hier im Landtag Applaus, aber vor Ort mit den Bürgerinitiativen gegen die Windkraft demonstrieren! - Ich sage das in aller Deutlichkeit.

Auch Land und Kommunen - ich möchte keine Schuldzuweisungen machen - müssen übrigens helfen, mehr Flächen nutzbar zu machen. Ministerpräsident Stephan Weil ist zu Recht darauf eingegangen. Meine Damen und Herren, in der Koalition in Niedersachsen herrscht Einigkeit in dieser Frage. Das freut mich sehr.

Ich danke deshalb Stephan Weil und Bernd Althusmann und Olaf Lies. Wir müssen gemeinsam der Kanzlerin und dem Wirtschaftsminister helfen, diese Forderungen umzusetzen. Wir müssen gemeinsam handeln, meine Damen und Herren, dann sind die Arbeitsplätze sicher.

Da ich ahne, dass ich gleich u. a. von der FDP-Fraktion kritisiert werde, möchte ich Ihnen zum Abschluss ein Zitat eines durchaus hochrangigen FDP-Politikers aus Aurich nicht ersparen, der öffentlich in den *Ostfriesischen Nachrichten* erklärt hat: Für die verbleibenden Mitarbeiter - es geht um die Mitarbeiter der Firma Enercon - bedeute der Schritt, Personal zu entlassen, aber auch Sicherheit, da das Unternehmen dynamischer agieren könne.

Ich rufe hier alle zu gemeinsamer Solidarität auf für die Branche, für die Energiewende und ganz speziell für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Wahlkreis in Aurich.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.